

Zwischenruf engagierter junger Menschen

Jugendaudit zum 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

Wir lesen den 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung in politisch schwierigen Zeiten. Die Ampelkoalition ist vor wenigen Tagen zerbrochen, in den USA wurde Trump erneut zum Präsidenten gewählt, im Europäischen Parlament saßen noch nie so viele faschistische Parteien. Kriege, Hungersnöte und Extremwetterereignisse nehmen weltweit zu und prägen das Aufwachsen junger Menschen. Das motiviert uns, Schwerpunkte und Empfehlungen des 17. Kinder- und Jugendberichts aufzugreifen, zu würdigen und zu ergänzen. Gleichzeitig stellen wir Forderungen an politische Entscheidungsträger*innen und fordern zum Handeln auf. Wir fordern eine Rechenschaftspflicht der neuen Bundesregierung zu unserem Zwischenruf. Der Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung sollte um einen Maßnahmenplan ergänzt werden.

Kritische Würdigung

Wir würdigen, dass mit verschiedenen Formaten eine Vielzahl junger Menschen am Bericht beteiligt wurden. Erstmals in einem Berichtszeitraum stand die Kommission während des Schreibprozesses mit jungen Menschen im Austausch. Insbesondere konnten dadurch vielfältige Perspektiven auf das Jungsein im gesellschaftlichen Wandel in den Bericht einfließen. Der Bericht ist bei uns, Teilnehmenden des Jugendaudits, auf Resonanz gestoßen. Wir danken der Kommission für ihr zugewandtes Engagement und den vielschichtigen Blick.

Wir sehen uns mit den Folgen der Corona-Pandemie, globalen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen sowie der Klimakrise konfrontiert. In diesen Zeiten stellt der Bericht eine Momentaufnahme des Aufwachsens junger Menschen in Unsicherheit dar. Ein vertrauensvolles Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche Verletzlichkeit zulassen können, schafft Resilienzen, um Zuversicht zu schöpfen und die Zukunft mitzugestalten.

Wir bekräftigen, dass Kinder und Jugendliche, unabhängig ihres Alters, fähig sind, sich Urteils- und Handlungskompetenzen zur demokratischen Teilhabe anzueignen und dazu ermutigt werden, ihre Lebensräume mitzugestalten. Hierfür ist ihr Vertrauensvorschuss in das politische System notwendig.

Wir bestärken die Position, dass die Kinder- und Jugendhilfe zugunsten besonders vulnerabler Gruppen innerhalb der jungen Generation parteilich sein soll. Der Vorwand der "Neutralität" entbindet die Kinder- und Jugendhilfe nicht, sich gegen antidemokratische Strukturen zu

positionieren. Die Achtung der Menschenrechte, die Gewährleistung politischer Teilhabe für alle Menschen sowie das Vertrauen in die Unabhängigkeit demokratischer Institutionen sind dabei zentral.

Wir schätzen den Debattenbeitrag der Kommission zum Begriff der natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeit. Positiv hervorheben wollen wir, dass die Kommission sich klar gegen die unterschiedliche Behandlung asyl- und schutzsuchender Menschen positioniert. Ein rassistisches Zweiklassensystem darf nicht existieren. Asyl und schutzsuchende Kinder und Jugendliche, die nicht aus der Ukraine stammen, sind davon besonders negativ betroffen.

Wir bekräftigen, dass die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe klimaneutral aufgestellt werden. Das erfordert investive Ausgaben auf allen Ebenen. Es ist bedauerlich, dass der im Bericht verwendete Begriff des Klimawandels nicht die Dringlichkeit des Kollaps der planetaren Grundlagen widerspiegelt. Auf dieser Basis teilen wir den Aufruf zur stärkeren Politisierung der Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich der Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise in der Lebenswirklichkeit junger Menschen.

Gewünscht hätten wir uns, dass der Bericht Adultismus als zentrales Element begreift. In einer zunehmend alternden Gesellschaft sind junge Menschen eine Minderheit in Deutschland. In der Intersektion zu anderen Diskriminierungen erfahren sie eine besondere Benachteiligung in Wohnkontexten, Institutionen und der politischen, strukturellen Teilhabe.

Unsere Forderungen

Reden wir Tacheles! Auf Grundlage des 17. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung stellen wir folgende Forderungen an politische Entscheidungsträger*innen.

Die Beteiligung junger Menschen an der Erarbeitung des Kinder- und Jugendberichts in § 84 SGB VIII zu verankern, entspricht dem Auftrag und dem Grundverständnis der Kinder- und Jugendhilfe. Wir halten es für geboten, die Beteiligung in allen Phasen der Berichterstattung und im Licht der Vielfalt junger Menschen sowie der Felder der Kinder- und Jugendhilfe auszugestalten.

Die Stimmen von Kindern und Jugendlichen müssen in politischen Debatten gehört werden. Daher fordern wir eine wirksame und vielfältige Beteiligung junger Menschen an allen sie berührenden Angelegenheiten. Wirksame Beteiligung erfordert eine intersektionale Perspektive und muss barrierearm gestaltet werden. Dafür müssen Stellen, die für Qualitätssicherung und Koordinierung zuständig sind, gezielt gestärkt werden. Selbstvertretungen gilt es als dritte Säule des SGB VIII (§ 4a SGB VIII) zu etablieren.

Jugendpolitikberatung sollte ein zentrales Element eines neuen jugendgerechten Politikmodus der nächsten Bundesregierung werden. Das schließt eine Bestandsaufnahme der Jugendpolitikberatung, regelmäßige bundesweite Jugendkonferenzen und ein Jugendbeteiligungsmonitoring des Bundes ein.

Die Überalterung der Gesellschaft führt dazu, dass junge Menschen zur Minderheit in öffentlichen Auseinandersetzungen werden. In politischen Arenen werden sie an den Rand gedrängt oder vom Beratungsprozess ausgeschlossen. Um diese Schieflage im politischen Machtverhältnis auszugleichen, fordern wir das Wahlrecht ab der Geburt für alle in Deutschland wohnhaften Menschen.

Das Fundament einer nationalen Kinderrechtskultur ist, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt im Rang eines Bundesgesetzes und für alle Ebenen und Bereiche in Bund, Ländern, Kommunen und für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich. Wir fordern eine*n Staatsminister*in im Bundeskanzleramt für die Rechte zukünftiger Generationen, um der gemeinsamen Verantwortung für die junge Generation im Querschnitt der Regierungsarbeit gerecht zu werden.

Die Finanzierung der wirtschaftlichen Transformation sollte nicht gegen den Haushalt des BMFSFJ ausgespielt werden. Wirkungsvoll gestaltete Investitionen in frühkindliche Bildung und Betreuung, insbesondere Sprachbildung, heben die Chancen des Aufwachsens um ein Vielfaches. Wir bekräftigen die Bedeutung starker und resilenter Jugendhilfestrukturen.

Wir fordern die Rückendeckung der Bundesregierung für die bedarfsgerechte und an die Inflation angepasste Finanzierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Demonstrationen, Briefe und Appelle haben gezeigt, dass Kürzungen ein sicheres Aufwachsen gefährden. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes sollte auch die Vielfalt der postmigrantischen Jugendverbandsarbeit spiegeln. Es ist für uns unverständlich, dass für den Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ keine entsprechenden Haushaltsmittel im Bundeshaushalt vorgesehen sind.

Die Stärkung der Demokratie setzt bei der bedarfsorientierten, längerfristigen und altersunabhängigen Förderung der jungen Zivilgesellschaft vor Ort an. Jugendverbände und Kinder- und Jugendparlamente sind Werkstätten der Demokratie, denen angesichts des wachsenden Drucks auf unser demokratisches System besondere Bedeutung zukommt. Wir schätzen, dass das Bundesprogramm "Demokratie leben!" fortgeschrieben wird. Wir appellieren an die Bundesregierung, das Vorhaben des Demokratiefördergesetzes weiter zu verfolgen. Der Aktionsplan "Queer leben" sollte gestärkt und langfristig verankert werden.

Die Fachkräfte aus Kindertagesstätten, offenen Ganztagschulen und der Schulsozialarbeit sollten systematisch und bereichsübergreifend zusammenwirken. Ein gelebtes Kooperationsgebot der sozialen Daseinsvorsorge kann Chancen erhöhen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern sowie jungen Menschen und Eltern Lebensperspektiven eröffnen.

Formale, informelle und non-formale Bildung müssen gleichwertig und ergänzend betrachtet werden. Es braucht eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung aller Bereiche, besonders von Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Global Citizenship Education.

Ehrenamtliches Engagement darf nicht als Lückenbüßer für den Fachkräftemangel im sozialen Bereich dienen. Junges Engagement muss gesellschaftlich wertgeschätzt werden, beispielsweise durch angemessene Aufwandsentschädigungen oder Übungsleiterpauschalen. Zudem fordern wir eine standardisierte Anerkennung der erworbenen Qualifikationen und weitere Benefits, wie beispielsweise die Bereitstellung eines Deutschlandtickets.

Um dem Problem des Fachkräftemangels entgegenzuwirken, muss es attraktiv sein, haupt- und nebenberuflich in der Kinder- und Jugendhilfe zu arbeiten. Eine gerechte Entlohnung und die Möglichkeiten für Fort- und Weiterbildungen sind hierfür essentiell, um mit aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten.

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, das Gesetz zur Stärkung der Strukturen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder (UBSKM-Gesetz) und das Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG) mit hoher Dringlichkeit zu beraten und zu beschließen.

Es ist fundamental, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Hierzu braucht es frühzeitige Interventionsmöglichkeiten. In diesem Rahmen fordern wir die Aufstockung von kassenfinanzierten Therapieplätzen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe müssen im Umgang mit psychischen Erkrankungen geschult werden.

Im Zuge der Digitalisierung fordern wir den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie die gezielte Förderung von Digital- und Medienkompetenz, gerade auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Digitale Gewalt nimmt zu - entsprechend müssen Kinder und Jugendliche gesetzlich besser geschützt werden.

Über das Jugendaudit

Das Jugendaudit zum 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fand vom 16. - 17. November 2024 in Berlin mit sieben Teilnehmenden und zwei neutralen Moderator*innen statt. Zuvor wurden wir durch das Deutsche Jugendinstitut in digitalen Workshops auf das Audit vorbereitet. Mitglieder der Berichtskommission konnten sowohl in der Vorbereitung als auch beim Jugendaudit selbst informierend und beratend hinzugezogen werden, ohne direkte Einflussnahme auf die Inhalte des Audits zu nehmen. Die Ergebnisse des Jugendaudits werden auf der AGJ Fachtagung zum 17. Kinder- und Jugendbericht präsentiert und anschließend veröffentlicht.

Wer sind wir

Wir, die Teilnehmenden des Jugendaudits, sind junge engagierte Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen in der Kinder- und Jugendhilfe, die eingeladen wurden, dieses Audit zu gestalten. Viele von uns waren bereits an Beteiligungsformaten der Kommission während der Berichterstellung involviert. Die Teilnehmenden des Jugendaudits waren Cynthia L. Cheema, Lennox Doernbrack, Ilka Essig, Justus Koops, Lisann Mai, Jana Paul und Vincent Sipeer. Moderiert wurde das Audit von Steffen Adam und Linnea Riensberg. Die Begleitung durch die Kommission haben Prof. Dr. Karin Böllert, Prof. Dr. Peter Cloos, Dominik Ringler und Dr. Gabriele Weitzmann übernommen.

Wir blicken auf den Bericht als Sammlung individueller Perspektiven, die keinesfalls als Gesamtwertung der jungen Generation verstanden werden darf. Unser Anspruch war dabei nicht, den 17. Kinder- und Jugendbericht zu kommentieren, sondern diesen im Kontext aktueller (jugend-)politischer Entwicklungen zu betrachten. Hier lag unser Fokus sowohl auf einer kritischen Würdigung der Arbeit der Berichtskommission als auch auf der Formulierung politischer Forderungen, um sicherzustellen, dass der Bericht konkrete Handlungen nach sich zieht.

Grenzen des Audits

Unsere Arbeit im Jugendaudit war sowohl personell als auch zeitlich begrenzt. Diese Gegebenheiten führten dazu, dass wir Priorisierungen vornehmen mussten. Die thematische Auswahl soll keineswegs die Bedeutung anderer Themen schmälern – im Gegenteil. Wir sind dankbar, dass der 17. Kinder- und Jugendbericht die Vielfalt des Jungseins umfassend beleuchtet und gelungene Forderungen aufstellt, die wir aus unserer Perspektive gezielt ergänzen möchten.

Unser Fazit

Der Zwischenruf zum 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ist nicht das Ende eines langen Beteiligungsprozesses, sondern der Anfang von mehr Mitbestimmung. Partizipation muss jetzt diverser, transparenter und inklusiver gedacht werden. Krisenzeiten erfordern Weitsicht und Vertrauen in politische Systeme. Die Kinder- und Jugendhilfe muss dieser Anker für Zuversicht sein. Es braucht Zwischenrufe zum Träumen, also:

Lass mal Tacheles reden - aber in slay!